Basel, den 11. Mai 1935 XXXV. Jahrgang / No. 19

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-16 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr

Redaktion: Dr. WALTER RUF
Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K)
Basel, Tellstrasse 62/64

Inhalt: Führende Gedanken. — Die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Schulung für das Verteilungspersonal. — 25 Jahre Präsident des Genossenschaftsrates. — Befriedigende Lösung der Arbeiterbankfrage. — Das jugoslawische Genossenschaftswesen in Ziffern. — Migros und Landwirtschaft. — Volkswirtschaft: Geschäftliche Tätigkeit an der Schweizer Mustermesse 1935. — Kurze Nachrichten. — Aus der Praxis: Höchstleistung des Personals. - Vorsichtsprämie. — Kreiskonferenzen. — Bewegung des Auslandes. — Aus unserer Bewegung. — Verwaltungskommission. — Bibliographie. — Arbeitsmarkt.

Führende Gedanken

Der wahre Grund der Krise: Krise der Persönlichkeit.

Ueberall ist Krise: Krise des Berufes, Krise der Wirtschaft, Krise der Wissenschaft, Krise in den Beziehungen der Geschlechter, und letzten Endes ist am Ursprung aller Krisen der Mensch: die Krise der Persönlichkeit. Der einzelne soll nicht mehr gelten und wird ersetzt durch Masse und Macht.

Ueberall Verflachung des eigenen Urteils, Nivellierung der Stellungnahme, Angst vor der Verantwortung. Wir sagen weder ja noch nein in einer Zeit, wo jeder Tag und jede Stunde Entscheidung verlangt, wo unser ganzes Leben eine Entscheidung sein muss. Wir belächeln, wenn wir sie nicht sogar verhöhnen, alle jene Menschen, die sich entschieden haben, und doch sind sie die Auserwählten, von denen die spätern Zeiten reden werden. Möge das Wunder geschehen, dass wir die Kraft zur eigenen Verantwortung unserer Zeit gegenüber finden.

Herbert Lang.

*

Die Welt leidet weniger an der Böswilligkeit und Unfähigkeit eines Wirtschaftssystems als an der Trägheit derer, die dieses Wirtschaftssystem dulden.

Aus dem Englischen.

*

Wenige, die ganz wollen — und nichts für sich wollen — vermögen sehr viel.

Pestalozzi.

*

Die Umgestaltung der Wirtschaftswelt durch die Verbraucher wird nur möglich sein durch Menschen und mit Menschen, die mit einem klaren Blick und einem warmen Herzen für die Konsumgenossenschaftsbewegung ausgerüstet und von einem starken Willen zur Tat beseelt sind.

Vollrath Klepzig.

Die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Schulung für das Verteilungspersonal.

Für das durchschnittliche privatwirtschaftliche Verteilungsunternehmen ist die Personalschulungsfrage kein Problem. Die berufsnotwendige Fachschulung wird man im allgemeinen bei dem im freien «Arbeitsmarkt» gewonnenen Personal voraussetzen dürfen, schlimmstenfalls wird man sich vielleicht genötigt sehen, gewisse Einrichtungen zu schaffen, in denen die bereits vorhandenen Berufskenntnisse des Personals vertieft werden könnten. Hierbei handelt es sich aber eben nur um ein Ergänzen auf rein berufs-technischem Gebiet.

Völlig anders verhält es sich in der verbrauchergenossenschaftlichen Sphäre. Eine noch so tüchtige, in der Privatwirtschaft ausgebildete «Verkäuferin» würde — in eine genossenschaftliche Verteilungsstelle versetzt — zunächst einmal versagen müssen, und zwar zum mindesten so lange, als sie selbst nicht aus Ueberzeugung Konsumgenossenschafterin geworden wäre und überdies hinaus noch sich alle jene Kenntnisse erworben hätte, die für das Arbeiten speziell in einer Konsumgenossenschaft nötig sind.

In der privaten Wirtschaft stehen sich «Unternehmung» und «Kunden» als zwei Interessenkreise gegenüber. Angebot und Nachfrage entscheiden (wenigstens im «idealen Fall») im «freien Markt» den «Wert» der Güter. Der Unternehmer will dabei begreiflicherweise möglichst hohe Preise und somit hohen Unternehmergewinn erzielen und erreicht dies auch, solange genügende Nachfrage vorhanden ist. Diese Chance pflegt sich sehr häufig gerade bei den lebensnotwendigsten Gütern einzustellen, da diese naturgemäss am meisten begehrt sind.

In der verbrauchergenossenschaftlichen Wirtschaftssphäre dagegen stehen sich keine solchen Interessenkreise gegenüber. Hier sind «Unternehmer» und «Kunde» — wenn diese Wörter einmal um der Parallele willen in diesem Zusammenhang gebraucht werden sollen — eins geworden in der Person des Genossenschafts-Mitgliedes.

Verbrauchergenossenschaft bedeutet ja: Organisation zur gemeinsamen Selbstversor-

gung. Das Genossenschaftsethos erfordert, dass kein Profit am andern erzielt wird, sondern dass mit der Bedarfsdeckung im weitesten Sinne grundsätzlich die wirtschaftliche Aufgabe der Verbrauchergenossenschaft erschöpft ist. Die in den Konsumgenossenschaften erzielten Rückvergütungen sind keine «Gewinne» im privatwirtschaftlichen Sinne, sondern «Ersparnisse».

Für die Verbrauchergenossenschaft fällt also im allgemeinen der «freie Absatzmarkt» weg. Daraus ergibt sich, dass sie mit der Solidarität aller ihrer Mitglieder steht und fällt. Erfolg haben und wachsen kann sie nur, wenn diese ihre Einrichtungen so weitgehend benutzen, dass jeder Leerlauf vermieden wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss dem einzelnen Mitglied das genossenschaftliche Gedankengut so beigebracht werden, dass es schliesslich zu seinem selbstverständlichen geistigen Besitz gehört. In jedem Mitglied muss wirtschaftliches Verständnis, insbesondere Klarheit über die wirtschaftlichen Aufgaben der Verbrauchergenossenschaft geweckt werden.

Wo aber soll dies geschehen? Gewiss: sehr viel wird erreicht werden durch Aufklärungsvorträge, Verteilung von Werbeschriften und dgl. Die entscheidende Aufgabe aber fällt doch — auch auf diesem Gebiete — dem Verteilungspersonal zu. Die Verteilungsstelle ist der Brennpunkt des ganzen genossenschaftlichen Lebens, hier trifft der Genossenschafts-Apparat mit dem «Genossenschafts-Volk» zusammen, hier werden die genossenschaftlichen Erfahrungen gemacht, hier wird gefragt und muss geantwortet werden, hier werden die genossenschaftlichen Leistungen beansprucht und gewährt, kurz: die Verteilungsstelle ist von Natur aus die Stelle, von der aus die wesentlichsten verbrauchergenossenschaftlichen Gedankengänge durch die ständige Berührung zwischen dem beauftragten Genossenschaftspersonal und den Waren entnehmenden Mitgliedern weiter vermittelt werden können und müssen.

Die Arbeit, die hier geleistet wird, ist entscheidend für den Aufstieg, das Dasein und den Fortbestand einer Genossenschaft. Die Verteilungsstellen haben — das ist keine Uebertreibung — den wichtigsten Teil der Verantwortung zu tragen. Darum ist es nötig, dass vor allem die Verteilungskräfte eine ganz besondere, gründliche genossenschaftliche neben der praktischen Schulung erhalten. Sind sie doch für die Mehrzahl der Genossen die Repräsentanten der Genossenschaft und die Vermittler ihres Gedankengutes.

Selbstverständlich ist hierbei, dass jede Schulung zunächst einmal die feste Ueberzeugung von der Richtigkeit der verbrauchergenossenschaftlichen Idee gedanklich zu untermauern hat. Denn ohne diese Grundlage wäre jede weitere Schulung sinnlos. Dann aber muss der Verteiler (bezw. die Verteilerin) in den Stand gesetzt werden, selber das Dasein und die Daseinsnotwendigkeit der Verbrauchergenossenschaft zu begründen. Er muss den verschiedensten Fragen geduldig begegnen können, und zwar nicht mit Schlagwort und Phrase, sondern mit Tatsachen und Vernunftgründen. Immer wieder wird er Missverständnisse und ungerechte Vorwürfe zu entkräften haben.

Und dann kommt das grosse Gebiet der juristischen und organisatorischen Auskünfte. Jener will Näheres über Eintritt oder Austritt wissen, dieser über Geschäftsanteil und Haftsumme, ein anderer über Verwaltungs- und Zuständigkeitsfragen und so manches mehr aus dem genossenschaftlichen Alltagsleben. Allen diesen Fragestellern muss geantwortet werden. Es macht wirklich keinen guten Eindruck, wenn man allzuhäufig in einer Verteilungsstelle auf solche und ähnliche Fragen die Antwort hört: «Ja, da muss ich mich erst erkundigen, das weiss ich leider nicht!» Dergleichen muss eben in der Verteilungsstelle gewusst sein!

Und deswegen müssen die Verteilungskräfte vorher auch in diesen Dingen gründlich geschult werden. Denn das ist selbstverständlich, dass niemandem ein so umfangreiches Wissen von selbst zuwächst, sondern dass es erarbeitet werden muss. Erst die genossenschaftliche Schulung gibt hierfür das Rüstzeug ab. Sie ist notwendig, nicht nur «auch», sondern vor allem und besonders für unser Verteilungspersonal. Die «Praktiker» haben nicht recht, die das alles als «graue Theorie» abtun möchten. Schliesslich, wohin käme die verbrauchergenossenschaftliche «Praxis», wenn die Verbraucherbewegung ihren geistigen Inhalt, der doch allein das lebenspendende und Begeisterung erweckende Element ist, verlöre?

A. S.

25 Jahre Präsident des Genossenschaftsrates.

Wir gratulieren!

«Der Genossenschaftsrat gratuliert Herrn Stöckli zu seiner 25. Wahl als Präsident.» — Diese schlichten aber sehr bedeutungsvollen Worte waren am Schlusse des Berichtes im «Genossenschaftlichen Volksblatt» aus den Verhandlungen des Genossenschaftsrates in der Sitzung vom Sonntag, den 31. März 1935, zu lesen. Das bedeutet ein Vierteljahrhundert Präsident einer Genossenschaft, des Allg. Konsumvereins Erstfeld und Urner Oberland, in schlechten und guten Zeiten, das bedeutet Lenker sein eines Schiffleins in ruhig-glatter und in sturmbewegter See, mit und ohne Föhn....

Das bedeutet ein Genossenschafter sein in des Wortes schönster Bedeutung; sicherlich ein schönes Vorbild für alle, wenn der Genannte es auch nicht wahr haben will in seiner Bescheidenheit.

Die unterzeichneten Verwalter oder Verwalter-Stellvertreter glaubten alle viel erlebt zu haben in der längeren und kürzeren Zeit ihrer Tätigkeit in Erstfeld, an welche sie alle gerne zurückdenken.

Was hat da wohl Jakob Stöckli in 25jähriger Präsidentschaft alles erlebt? Das gäbe eine interessante Geschichte, wollte er nur das Wesentliche und Bedeutsame skizzieren. Es hat viel, sehr viel Klugheit, Umsicht, Ruhe, Diplomatie, Takt und Taktik, Weitblick und Sinn für das Ganze und Gemeinsame gebraucht. Aber alle diese Jakob Stöckli innewohnenden Eigenschaften und Kräfte hätten, gepaart mit seinem «Mutterwitz» und guten Humor, nicht genügt, um die Genossenschaft auf die heutige prächtige Höhe zu bringen und immer alles und alle beieinander zu halten — Bauern, Arbeiter, Eisenbahner, Fortsoldaten, Beamte. Obenan steht bei unserm «Jubilar» die genossenschaftliche Ueberzeugung und eine unbändige Liebe zu seinem Konsumverein, den er ohne Ueberhebung sein Lebenswerk nennen und betrachten darf. Er ist die eigentliche Seele des Ganzen, war es immer und wird es hoffentlich noch recht lange bleiben.

Jakob Stöckli war es auch, der die Verwalter unter die Lupe nahm, wenn es wieder galt, einen «Neuen» zu engagieren.... Schlau genug war er, diesen «Neuen» vorerst nicht nach Erstfeld kommen zu lassen, damit er nicht ob den himmelstürmenden Bergen oder der Enge des Reusstales erschrecke. Mochte er nachher, wenn der Vertrag in Luzern oder anderswo unterschrieben war, mit Kind und Kegel anrücken und mit Herzklopfen seinen Einzug halten. Jakob Stöckli lernte ihn nicht «Knigge's Umgang mit Menschen», sondern Verwalters Umgang mit den Erstfeldern und den Bewohnern des Urner Oberlandes. Er war es, der den Verwalter an die Filialversammlungen brachte und mit den Bauern in Bristen, den Kraftwerkangestellten von Amsteg, den Eisenbahnern von Wassen und Göschenen, den Fortangestellten von Andermatt bekannt und vertraut machte. Er war es auch, der den Verwalter lachend tröstete, wenn es an der Generalversammlung in Erstfeld etwas «rauh und haarig» zuging. Das sei gar nicht so schlimm gemeint, wenn dieser oder jener Bremser oder Zugführer in kräftigen Worten seine und seiner Frau Täubi kund tat ob den «süssen Kartoffeln» und dem «zu wenig gesalzenen Käse».... Er hatte es gern, wenn der Verwalter jassen konnte und dabei nicht vergass, die Stöcke zu melden oder die vier Bauern, auch einen rechten Schluck des roten Borgomonero oder Chianti und eine «Blauband» vertragen konnte. Er war es, der das richtige Wort prägte: Wir brauchen in Erstfeld Verwalter, welche nicht in Finken herumlaufen.... Jawohl, man brauchte gute Schuhe mit Doppelsohlen, genau wie auch die anderen, die Bauern, die Arbeiter und Eisenbahner ihre schwere Arbeit verrichteten mit Doppelsohlen und erst noch beschlagen.... Aber wir Verwalter hatten einen guten Rückhalt an unserem Präsidenten des Genossenschaftsrates und der Betriebskommission; sein Wort war ein Wort, das er hielt und galt, da konnte man darauf zählen. Fast jeden Tag nach Feierabend, zwischen 5 und 6 Uhr, erschien er all' die Jahre auf dem Verwalterbureau, öffnete sein kleines Pult an der Wand, um zu sehen, ob es etwas zu unterschreiben gab. Am liebsten unterschrieb er die Anteilschein-Bücher der neuen Mitglieder, und Hunderte solcher Mitgliederbücher im Urnerland tragen seine Unterschrift. Auch einen träfen Brief an irgend einen Lieferanten oder eine Amtsstelle unterschrieb er gerne; denn er liebte es, wenn es nicht immer «auf leisen Sohlen» ging. Er fürchtete keinen Kampf und keine Auseinandersetzung und gar manchen Strauss hat er geholfen austragen und zum guten Ende geführt. Hatte er etwas auf dem Herzen, trug er es nicht lange mit sich herum, sondern packte es dem Verwalter aus. Man wusste, wo man daran war. So steht er heute noch: nicht nur im besten Ansehen der Eigenen, der Genossenschafter, sondern auch in der Achtung der Gegner des Genossenschaftswesens.

«So, jetzt isch aber gnueg Heu uf der Bühni», hören wir ihn sagen, darum schleunigst Schluss mit unserer Gratulation. Denn ein Glückwunsch soll dies sein, und die Gratulation richten wir nicht nur an Jakob Stöckli, sondern auch an die Genossenschaft, die an ihrem Präsidenten Freude haben darf.

Und so wie er und der jetzige Verwalter Klaus kürzlich nach der Filialversammlung von Göschenen auf der Strasse nach Wassen hinunter im wütenden Schneesturm sich durchgekämpft haben, so wird Jakob Stöckli mit den 1280 Genossenschaftern von Erstfeld und Urner Oberland alle Stürme und Angriffe gegen die blühende Genossenschaft auch weiterhin meistern.

Die nachstehenden Verwalter entbieten herzlichen Genossenschaftsgruss an Jakob Stöckli, den Genossenschaftsrat und die Betriebskommission des Allg. Konsumverein Erstfeld und Urner Oberland:

W. Walter, Verwalter in Erstfeld 1910/1922, Verwalter des Konsumverein Baden;

Ad. Bolliger, Verwalter in Erstfeld 1922/25, Adjunkt im Lebensmittelverein Zürich;

A. Wartmann, Verwalterstellvertreter in Erstfeld 1923/24, Verwalter des Allg. Konsumvereins Kreuzlingen;

E. Hügin, Kontrolleur und Verwalterstellvertreter in Erstfeld 1923/26, Verwalter des Konsumvereins Uster;

H. Rudin, Verwalter in Erstfeld 1925/29, Geschäftsleiter im Lebensmittelverein Zürich;

E. Löliger, Verwalter in Erstfeld 1929/33, Verwalter des Konsumvereins Winterthur;

W. Klaus, Verwalter des Allg. Konsumvereins Erstfeld seit 1933.

Befriedigende Lösung der Arbeiterbankfrage.

«Wien, 14. April 1935. Amtlich wird mitgeteilt: Das Oesterreichische Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten als Liquidator der Arbeiterbank A.-G. hat mit den Grossgläubigern der Arbeiterbank A.-G. ein Uebereinkommen getroffen, demzufolge den Grossgläubigern auf Abschlag ihrer Forderungen Aktiven der Arbeiterbank übergeben werden. Dieses Uebereinkommen ermöglichte, die Forderungen der übrigen Gläubiger der Arbeiterbank in ihrer vollen Höhe, also zu hundert Prozent, zu befriedigen. Der Zeitpunkt für die Auszahlungen an die letztgenannten Gläubiger wird demnächst bekanntgegeben werden.»

Im Anschluss an diese Mitteilung heisst es im «Freien Genossenschafter», Wien, u. a.:

Die Grundzüge des von der Göc. entworfenen Liquidationsplanes sind aus früheren Veröffentlichungen bekannt, sie seien hier daher nur kurz skizziert. Die Arbeiterbank zählte zum überwiegenden Teile Organisationen und Körperschaften zu ihren Einlegern. Die individuellen Spareinleger stellten nur den kleineren Teil der Einlagen zur Verfügung. Die Gelder der Bank wurden wiederum hauptsächlich bei Organisationen und Unternehmungen veranlagt, die den Einlegerkreisen nahestanden. Es lag daher der Gedanke auf der Hand, die Aktiven der Bank an die ursprünglichen Geldquellen wieder zurückzuleiten, statt den furchtbar verlustbringenden Umweg der stückweisen Veräusserung der Aktiven an beliebige Interessenten und der quotenmässigen Befriedigung der Einleger zu beschreiten. Dieser «Kompensationsplan» der GöC. ermöglichte die sofortige Verwertung von 75% der Aktiven durch Verrechnung mit den Grossgläubigern, mit dem Ergebnisse, dass die kleinen Gläubiger und Spareinleger aus den verbleibenden Aktiven unverzüglich voll befriedigt werden können.

So einfach und einleuchtend dieser Plan war, so schwierig war allerdings die detaillierte Durchführung. Es muss bedacht werden, dass es sich um eine sehr grosse finanzielle Transaktion handelte, bei der es galt, die mannigfaltigsten Interessen unter

einen Hut zu bringen — und die noch dazu unter den widrigsten juristischen Begleitumständen vor sich gehen musste. Viele der als Gläubiger oder Schuldner in Betracht kommenden Organisationen hatten seit Februar 1934 einschneidende Veränderungen mitgemacht und leben zum Teil noch in ungeklärten Rechtsverhältnissen. Der durch Gesetz bestellte Liquidator, das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten, war mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet worden, während den Gläubigern und Aktionären keinerlei Rechte zustanden. Der Liquidator forderte den Nachweis, dass sämtliche Grossgläubiger und Aktionäre mit der von der GöC. vorgeschlagenen Liquidationsweise einverstanden seien sowie weitgehende materielle Garantien für die programmgemässe Durchführung. Im Bewusstsein der Tragweite der Arbeiterbankfrage hat die GöC. unter Zustimmung sämtlicher Aktionäre der Arbeiterbank die Funktion eines Treuhänders aller Gläubiger und Aktionäre offiziell übernommen und nunmehr auch das Zugeständnis eines massgebenden Einflusses auf die Beendigung der Liquidation erwirkt. Das Arbeiterbankproblem ist damit im Interesse der Genossenschaftsbewegung und der Allgemeinheit glücklich gelöst, alles Weitere ist nur mehr eine Frage der technischen Durchführung.

Das jugoslawische Genossenschaftswesen in Ziffern.

Von Achmed Kemura, Belgrad.

Das Königreich Jugoslawien hat heute eine Bevölkerung von 14,5 Millionen Einwohnern, die sich in rund 2,85 Millionen Haushaltungen gruppieren. Den verschiedenen Genossenschaften des Landes gehören anderseits etwas mehr als eine Million Mitglieder an. Da jedes Mitglied eine Haushaltung repräsentiert, kann man somit sagen, dass rund 35% der Bevölkerung der jugoslawischen Genossenschaftsbewegung in der einen oder andern Form angeschlossen sind. Diese Zahl ist in ständigem Ansteigen begriffen.

Gegen vier Fünftel der Gesamtbevölkerung ernährt sich aus der Landwirtschaft. Daraus ergibt sich ohne weiteres, dass auch die Genossenschaftsbewegung vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter hat. Immerhin hat sie auch in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen der städtischen Bevölkerung schon ziemlichen Anklang gefunden.

Die schwere Krise, die auf der Landwirtschaft der ganzen Welt lastet, die teilweise oder völlige Sperrung der Landesgrenzen durch behördliche Massnahmen aller Art haben naturgemäss auch auf die jugoslawische Landwirtschaft einen verheerenden Einfluss ausgeübt. Der vorher so sichtbare wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg hat plötzlich eine schwere Stockung erlitten. Die an sich nicht sehr grossen Schulden der jugoslawischen Bauernschaft (rund 5 Milliarden Dinar oder 350 Millionen Schweizerfranken) sind durch die veränderte Lage zu einem Lebensproblem geworden. Die verschiedenen Palliative, die die Regierung zur Behebung des Notstandes in Anwendung gebracht hat, führten nur zu einer gewissen Milderung, nicht aber zu einer tatsächlichen Besserung der Lage.

Unter diesen Umständen ist die Genossenschaft (Zadruga) für den jugoslawischen Bauer der einzige Lichtblick, und der Zustrom der der Bewegung noch Fernstehenden ist deshalb in ständigem Ansteigen begriffen.

Im Jahre 1933 führten die genossenschaftlichen Zentralorganisationen allein nach Oesterreich und der Tschechoslowakei 1623 Wagenladungen mit 57,000 Mastschweinen, 6000 Schlachtschweinen und 2500 Stück Rindvieh aus.

Die Gesamtzahl der jugoslawischen Genossenschaften belief sich am Ende des Jahres 1933 auf 8349. Davon sind 61 Zentralorganisationen. 88,3% aller Genossenschaften gehören dem Allgemeinen Verband der jugoslawischen Genossenschaften an, der das oberste Organ einerseits für die Vertretung der Interessen, anderseits für die Revision der jugoslawischen Genossenschaften darstellt. Von den Einzelgenossenschaften sind 4624 (56,2%) Kredit-, 1566 (19 %) Konsum- (vorwieg. landwirtschaftliche), 368 (4,5%) Viehzucht- und Viehverwertungs-, 170 (2%) Milch-, 116 (1,4%) Handwerker- und Arbeiter-, 88 (1 %) Gesundheits-, 88 (1 %) Wohngenossenschaften.

Die Spareinlagen aller dem Zentralverbande angeschlossenen Genossenschaften erreichten Ende 1933 311 Millionen, die Darlehen 417 Millionen Dinar. Der Warenumsatz belief sich auf 296 Millionen, der Geldumsatz auf 4,844 Millionen Dinar.

Migros und Landwirtschaft.

Der V. O. L. G. übergab den Winterthurer Zeitungen kürzlich u. a. Nachstehendes als Inserat:

Die Migros A.-G. lügt,

wenn sie in ihrer kürzlich in Winterthur und Umgebung verteilten gelben Zeitung «Die Migros-Brücke» unter dem Titel «Komisch» zur Gemüseverwertung im Aargau schreibt:

> «Dank der Intervention der Gemüsebaukommission, in der auch der Redaktor der «Schweiz. Bauernzeitung» sitzt, und gutmütig, wie wir sind, übernehmen wir auch noch Gemüse vom Pflichtteil des Verbandes V. O. L. G.»

Demgegenüber gibt uns die Aarg. Gemüsebaukommission die Feststellung zu den Akten, dass sie sich keiner von ihr ausgegangenen Intervention bei der Migros A.-G. bewusst sei, die eine Entlastung unserer Gemüseabnahmeverpflichtungen zum Ziel und Inhalt gehabt habe.

Wir stellen fest, dass im Aargau sämtliches Gemüse, das wir gestützt auf die abgeschlossenen Anbauverträge entgegenzunehmen verpflichtet waren, restlos abgenommen haben. Die von der Migros A.-G. an anderer Stelle erwähnten Bäuerinnen sind übrigens gar nicht berechtigt gewesen, ihr das uns zustehende Gemüse anzubieten, da nur wir die Verfügungsberechtigung über dasselbe besassen. Zudem dachten wir keinen Augenblick daran, unseren Abnahmeverpflichtungen nicht nachzukommen, denn der V. O. L. G. ist sich gewohnt, eingegangene Verträge zu halten.

Ohne auf weitere Einzelheiten eintreten zu wollen, konstatieren wir ferner, dass auch der erste Abschnitt des Artikels «Komisch» in seinem Wortlaute dem eigentlichen Verlauf der Angelegenheit nicht gerecht wird.

Vor der Publikation dieses Inserates gaben wir dessen Text den massgebenden Personen der obgenannten Aargauischen Gemüsebaukommission zur Durchsicht und erhielten von ihnen hierauf erneut

die Bestätigung, dass unsere Darstellung dem Sachverhalt entspreche.

Das Urteil, unter welche Bezeichnung eine derartige Journalistik gehört, überlassen wir dem gesunden Urteil des Publikums.

*

«Die Grüne» berichtete:

«Rechter Hand — linker Hand, alles vertauscht ist anscheinend wieder einmal bei der Migros Zürich. In ihrer Zeitung führt sie, zum Teil auf Grund von falschen Angaben, bewegliche Klage über die verzweifelte Lage der Kleinbauern im Bündner- und Appenzeller-Land und gleichzeitig importiert sie aus dem Ausland Schlachtkaninchen und verkauft diese zu unmöglich niedrigen Preisen. Ferner setzte sie auch unvermittelt die Preise für Inlandeier auf 10 Rappen an, was zur Folge hat, dass die S. E. G.-Lieferanten für ein Ei nur noch 8½ Rp. erhalten statt 9½ Rp. (Von uns spationiert; die Red. des «Genossenschafter»). Jawohl, es herrscht eine Notlage bei den Schweinezüchtern und -mästern — aber nicht zuletzt wegen der «Verbilligungsbesessenheit» der Migros.»

Volkswirtschaft

Geschäftliche Tätigkeit an der Schweizer Mustermesse 1935.

(Mitg.) Es schien kaum möglich, die Rekordbeschickung der letztjährigen Messe zu übertreffen. Und doch stieg die Ausstellerzahl weiter von 1223 auf 1235, die belegte Fläche sogar von 15,600 m² auf 16,500 m². — Das technische Angebot hatte an dieser neuen Entwicklung einen besonders starken Anteil. Es waren beispielsweise bedeutend stärker beschickt die Gruppe Maschinen und Werkzeuge, die Gruppe der Gasapparate und Feuerungsanlagen, die Gruppe der Feinmechanik und die Gruppe der technischen Bedarfsartikel. Unter den übrigen Gruppen zeigten eine sehr beachtenswerte Zunahme die Abteilungen der Hausbedarfsartikel, der kunstgewerblichen Artikel und Keramik, der Sportartikel und Spielwaren und der Musikinstrumente. Zu den bestehenden Fachmessen kam dieses Jahr wieder hinzu eine Verpakkungsmittelmesse.

Die wachsende Bedeutung und die immer tiefere Verankerung des Messegedankens in unserm Wirtschaftsleben kommen in einem kurzen Rückblick auf die Besucherzahlen der letzten Jahre am besten zur Darstellung. Die Zahl der abgegebenen Einkäuferkarten zu 2- und 3-maligem Eintritt betrug in den Jahren 1925: 55,368; 1927: 62,723; 1929: 68,516; 1931: 75,579; 1933: 86,582; an der letztjährigen Messe 107,164 und dieses Jahr 108,248. Das ist die sichere Aufstiegslinie der Schweizer Mustermesse. Obwohl 1934 durch herrliches Wetter besonders begünstigt eine ganz ungewöhnliche Steigerung des Besuches brachte, so konnte sich die diesjährige Messe, die durch ständig schlechte Witterung, durch grosse Wahltage und durch die bedeutende Verschlechterung der Wirtschaftslage schwer beeinträchtigt wurde, nicht nur auf der Rekordhöhe des Vorjahres halten, sondern sie noch mit rund 1100 Besuchern übertreffen. — Für die allgemeinen Besuchertage wurden dieses Jahr weitere 27,252 Karten ausgegeben. Hier zeigt sich ein kleiner Ausfall gegenüber dem Vorjahre. Parallel zum Besuche aus dem Inlande wächst auch das Interesse des Auslandes. Aus 22 europäischen und 15 überseeischen Staaten meldeten sich dieses Jahr 1558 Geschäftsleute auf dem Auslandsdienst der Messe. Wie immer sind in dieser Zahl die Besuche aus dem Grenzland bis zu 50 km nicht eingerechnet. Die Nachbarländer stehen naturgemäss wieder an erster Stelle: an der Spitze Deutschland mit 333, dann folgen Frankreich mit 316, Oesterreich mit 108 und Italien mit 100 Besuchern.

Im Hinblick auf die herrschende Notlage in den verschiedenen Berufszweigen und die grossen Schwierigkeiten im internationalen Handelsverkehr darf das Messegeschäft 1935 im allgemeinen als recht befriedigend bezeichnet werden. — Eine Fragebeantwortung durch die Aussteller charakterisiert das Messegeschäft etwa folgendermassen: Ueber 70 % melden einen guten bis sehr guten Gesamteindruck der diesjährigen Messeveranstaltung. Unbefriedigt sprechen sich kaum 12 % aus. Ueber 60 % der Fragebeantwortung berichten von einem guten bis sehr guten Besuche aus ihrer Branche, während etwa 30 % einen mittelmässigen verzeichnen. Direkte Kaufabschlüsse bestätigen über 80 %, und ebenfalls rund 80 % melden Anbahnung neuer Geschäftsbeziehungen. Die Propagandawirkung durch die Beteiligung an der Messe wird von über 90 % der antwortenden Aussteller als gut, meist sogar als sehr gut bezeichnet. Die ausländische Nachfrage ist natürlich in den einzelnen Gruppen sehr verschieden. Verhältnismässig am günstigsten zeigt sie sich in der Uhrenmesse, in der Bürobedarfsmesse, Baumesse, bei den Gasapparaten und Feuerungsanlagen und bei den Erzeugnissen der Elektrizitätsindustrie. Ausländische Geschäftsaufträge verzeichnen aber auch die Gruppen Textilwaren, Sportartikel und Spielwaren, Chemie und Pharmazie und andere. Und die eigentliche Gewissensfrage: Hat die Messe die Erwartungen erfüllt? Das trifft für rund 80 % der Beantwortungen ganz oder wenigstens zu einem grossen Teile zu. — Selbstverständlich gibt es auch Enttäuschte, aber auch viele, die bedeutend bessere Geschäfte erzielten als erwartet.

Die Schweizer Mustermesse wurde seit ihrem Bestehen kaum in derart schwierigen Zeitverhältnissen durchgeführt wie in diesem Jahre. Aber gerade die Schwierigkeiten haben ihre Bedeutung noch erhöht. Die Feststellungen über die geschäftliche Tätigkeit an der Messeveranstaltung beweisen, dass die Messe durch gewaltige Anstrengung viele Hindernisse überwunden und ihre nationalwirtschaftliche Aufgabe gefestigt hat. Der Aussteller, der seine Erwartungen in vernünftiger Weise auf die Möglichkeiten abstimmte, kann sie in den allermeisten Fällen erfüllt sehen. «In Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage sind wir mit dem Resultat zufrieden», das ist ein immer wiederkehrender Bericht der Aussteller. «Die Schweizer Mustermesse hat uns vielmonatige Arbeit erspart». So urteilen viele jener Fabrikanten, die den Sinn der Messe erfasst haben, nämlich den Weg zu bahnen zu neuer geschäftlicher Tätigkeit. Das sind jene Aussteller, die wissen, dass nun erst jene grosse Arbeit beginnt: die Auswertung der Beziehungen, die an der Messe geschaffen wurden. Das

ist das Grosse dieser wirtschaftlichen Veranstaltung, dass sie Bewegung schafft in unserer Volkswirtschaft, dass sie zum Ansporn wird und uns bestärkt im Willen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Kurze Nachrichten

Unser Aussenhandel im April. Bei einer Einfuhr von 109,2 Mill. und einer Ausfuhr von 68,3 Mill. ergibt sich ein Defizit von 40,9 Mill. Im Monat März betrug das Defizit 33,5 Mill. Das Defizit von Januar bis April beläuft sich auf 134,0 Mill.

Bautätigkeit. In 28 Städten wurden in den Monaten Januar-März 1935 2174 (i. V. 2283) Wohnungen fertigerstellt und 1169 (2561) Wohnungen baubewilligt.

Kleinhandelsumsatz. Im März lag in den erfassten Betrieben der Kleinhandelsumsatz 15,1 % unter Vorjahreshöhe. Nahrungs- und Genussmittel gingen um 11,8 % und Bekleidungsartikel und Textilwaren um 19,6% zurück. Es muss sehr stark in Berücksichtigung gezogen werden, dass das Ostergeschäft dieses Jahr im April sich abwickelte.

Starker Rückgang der Zolleinnahmen. Diese betragen im ersten Quartal 1935 49,5 Millionen gegenüber 61,7 Millionen im Vorjahre.

Endgültiges Ergebnis der eidgenössischen Staatsrechnung. Die Gewinn- und Verlustrechnung schliesst mit einem Rückschlag von rund Fr. 28,734,000 ab. Das Ergebnis der Verwaltungsrechnung ist bei einem Ausgabenüberschuss von Franken 26,661,000 jedoch um Fr. 30,225,000 günstiger als veranschlagt war.

Filialverbot. Ein im Oktober 1934 in Pratteln eröffnetes Privatgeschäft, das jedoch in erster Linie Migroswaren verkaufte, rekurrierte wegen der Schliessungsverfügung seitens des basellandschaftlichen Regierungsrates an den Bundesrat. Dieser wies den Rekurs ab, da das Geschäft mit der Migros in so engen Geschäftsbeziehungen stand, dass es den Charakter eines selbständigen Einzelhandelsgeschäftes verlor.

Immer frecher. Zwei St. Galler Tagblätter haben es abgelehnt, die «Zeitung in der Zeitung» der Migros als Inserat aufzunehmen. Laut «Republikanische Blätter» droht die Migros deshalb, durch die Gratisverteilung derjenigen Blätter, welche die Migroszeitung bringen, den andern die Abonnenten abzujagen.

Vielsagende Mitteilung. Wir entnehmen der «Schweiz. Gewerbezeitung»:

Entsprechend dem Beschluss der Konferenz der Präsidenten und Sekretäre der angeschlossenen kantonalen Gewerbeverbände und der schweizerischen Berufsverbände vom 20. März 1935 wurde dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement mitgeteilt, dass der Schweizerische Gewerbeverband künftighin darauf verzichtet, mit dem Leiter der Migros A.-G. Verhandlungen zu pflegen, nachdem es sich erwiesen hat, dass jedes Verhandeln mit ihm unnütz ist und zu keinem Ziele führt. Dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement wurde der Wunsch ausgedrückt, es möchte weder der Schweizerische Gewerbeverband noch die ihm angeschlossenen Verbände zu Konferenzen eingeladen werden, an denen der Leiter der Migros A.-G. teilnimmt. Im weitern wurde dieser Behörde angeraten, davon abzusehen, den Genannten als Experten beizuziehen.

Deutsche Selbstversorgung auf dem Gebiete des Nahrungsbedarfs. Ein vom deutschen Institut für Konjunkturforschung herausgegebener Bericht zeigt, dass Deutschland gegenwärtig 98 bis 100 % seines Bedarfs an Getreide, Kartoffeln, Zucker, Fleisch, Schmalz und Milch selbst erzeugt. Seine Gesamtproduktion von Milch und Molkereierzeugnissen (einschliesslich Käse), Schinken, Speck und Gemüse wird mit 90 bis 97 %, die von tierischen Fetten (einschliesslich Butter und Schmalz) und Früchten mit 80—89% angegeben. An Geflügel, Eiern und Honig werden 70—79% erzeugt, an Fisch 60—69%, an Fetten insgesamt 50—59%, an Gemüse insgesamt 40—49%, an Margarine 10—19% und an pflanzlichen Fetten insgesamt 1—9 %. Wenn man die Futtermittelimporte einbezieht, ist das tatsächliche Niveau der Selbstversorgung jedoch viel niedriger. So produzierte Deutschland im Jahre 1933 etwa 92 % seines Bedarfs an Molkereiprodukten, wenn man jedoch die dazu nötige Futtereinfuhr mit in Betracht zieht, sind es nur 66%. Der Bericht stellt fest, dass das wichtigste Problem der deutschen Selbstversorgung in der Produktion von Fett und Protein liegt. I. G. B.

Ergebnisse der Fünftagewoche. Der Bericht des deutschen Farbentrusts (I. G. Farbenindustrie) für 1934 stellt fest, dass die Zahl der Beschäftigten infolge der Einführung der Fünftagewoche um 18%, und zwar von 113,000 auf 135,000 gestiegen ist. Zu gleicher Zeit stieg die Gesamtlohnsumme um 13%. Im Laufe des Jahres zeigte das Inlandgeschäft eine weitere Belebung. I. G. B.

Zwangskartelle in Norwegen. Wenn ein dem norwegischen Parlament zugeleitetes Gesetz angenommen wird, wird das Gesetz von 1926, das den Wirkungskreis der Truste und Kartelle einschränken sollte, durch ein anderes ersetzt werden, das dem Beispiel von kürzlich in andern Ländern eingeführten Gesetzen folgt, die eine Ausschaltung des freien Wettbewerbs durch Zwangskartelle bezwecken. Die Bestimmungen des Gesetzes sehen den Erlass von Verordnungen vor, durch die Unternehmungen gezwungen werden können, Mitglieder einer Vereinigung zu werden, die den Wettbewerb regelt, und in der Preis- und Produktionsregelungsbestimmungen festgelegt werden können. Der Absatz kann zwischen den verschiedenen Mitgliedern eines Produktionszweiges aufgeteilt werden, und die Firmen können gezwungen werden, an den Werbungskosten mitzutragen, die zur Förderung der Industrie für notwendig gehalten werden. I. G. B.

Steigende Preise in Italien. Das dauernde Steigen der Preise für gewisse Waren, das schon als unberechtigt verurteilt worden ist und das eine Folge der jüngsten italienischen Einfuhrbeschränkungen ist, hat die Regierung veranlasst, eine weitere Warnung an die Importeure ergehen zu lassen unter Hinweis auf die vorgesehenen hohen Strafen. Importeure, die Einfuhrscheine besitzen, die sie berechtigen, einen Prozentsatz der im Jahre 1934 gekauften Waren einzuführen, missbrauchen ihre Stellung, wenn sie diese Scheine denen übertragen, die jetzt nicht dazu berechtigt sind, da sie im Jahre 1934 nicht importiert haben. Da die Scheine nicht ohne Gegenleistung übertragen werden, ist eine Steigerung des Preises der importierten Ware unvermeidlich. Die manchmal für die Scheine verlangten Preise sind so masslos, dass die Preise infolgedessen phantastische Höhen erreicht haben. Solches Gebaren wird als die schlimmste Form von Profitsucht angeprangert. I. G. B.

Aus der Praxis

Höchstleistung des Personals.

Es wird kaum eine Verteilungsstelle geben, in der nicht noch manches zu tun übrig bleibt, bis die Höchstleistung erzielt ist. Hier muss also in erster Linie der Hebel angesetzt werden, doch geschieht damit schliesslich nur etwas Selbstverständliches. Von einer besonderen Leistung kann dabei noch nicht gesprochen werden.

Was nützen schliesslich auch alle Anstrengungen wenn Frau X, früher eine treue Abnehmerin, schon seit Jahresfrist überhaupt wegbleibt, während Frau Y in letzter Zeit nur noch sehr wenig holt. Kann man dagegen etwas anderes tun, als den Umsatzrückgang geduldig zu ertragen, dabei leise weinend an die Gefährdung der eigenen Existenz zu denken und im stillen zu hoffen, dass Verwaltung und ehrenamtliche Mitarbeiter vielleicht doch noch ein Wunder vollbringen werden?

Ein altes Sprichwort sagt: «Wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, so muss der Prophet zum Berge gehen!» Und wenn das Mitglied nicht in die Verteilungsstelle kommt, warum sollte die Verteilungsstelle — vertreten durch den Lagerhalter oder eine Verkaufskraft — nicht zum Mitgliede gehen? Das lässt sich während geschäftsstiller Stunden sehr leicht durchführen. Also macht der Lagerhalter sich einmal auf den Weg, um die Frau X zu besuchen. Er kann sich dort auf die alte Bekanntschaft beziehen und bedauern, dass Frau X sich so lange nicht in der Verteilungsstelle sehen liess. Dann wird er nach den Ursachen für das Wegbleiben forschen und findet so Gelegenheit, Abhilfe zu versprechen oder Missverständnisse aufzuklären,

kurz, alles zu tun, um das Mitglied zurückzugewinnen. Frau Y wird gelegentlich von einer Verkäuferin besucht, und so werden nach und nach alle schlecht oder überhaupt nicht kaufenden Mitglieder bearbeitet. Die besuchten Frauen werden sicher gern die Gelegenheit wahrnehmen, einmal ihr Herz auszuschütten; sie sind wahrscheinlich auch erfreut darüber, dass man ihren Wert als Kundin so zu schätzen weiss, und schliesslich sagen sie sich: «Das sind doch wirklich nette Leute dort in der Verteilungsstelle!» und gehen wieder hin.

Auf diese Weise lässt sich manches Mitglied, das sonst verloren gegangen wäre, zur Genossenschaft zurückführen. Der Beweis dafür kann von einer grossen Verbrauchergenossenschaft erbracht werden. Dort ist das Verteilungspersonal gehalten, in der geschilderten Weise zu verfahren. Die Ergebnisse sind verschieden, sie richten sich wesentlich nach dem Eifer, mit dem diese und andere Kleinarbeit vom Verteilungspersonal geleistet wird. In den meisten Fällen ist es möglich gewesen, auf diese Weise den Umsatz günstig zu beeinflussen, eine Anzahl Verteilungsstellen konnte sogar von recht erheblichen Umsatzsteigerungen berichten.

Man sieht also, dass eine solche Werbung durchaus erfolgversprechend ist, wenn sie mit Lust und Liebe durchgeführt wird. Eine Mitarbeiterschaft, die sich solcher Art für die Genossenschaft einsetzt, beweist damit, dass sie die Erfordernisse der Zeit verstanden hat. Die gen. Verteilungsstelle, Hamburg.

Vorsichtsprämie.

In vielen Unternehmungen und Betrieben besteht die Usanz, diejenigen Autoführer, welche im abgelaufenen Geschäftsjahr mit ihrem Auto keine Schäden verursacht haben, mit einer Prämie für besondere Vorsichtswaltung zu bedenken.

Diese Gepflogenheit scheint auf den ersten Blick durchaus richtig und angebracht, dies auch darum, weil die Versicherungen bei Vermeidung von Schäden ebenfalls eine Prämienrückerstattung vornehmen. Bei Betrachtung der einzelnen Schadenfälle muss nun aber sehr oft konstatiert werden, dass es nicht durchwegs die schlechteren Autoführer sind, die Schäden verursachen, dass aber oftmals die langsameren und phlegmatischen Arbeiter schadlos durchgekommen sind. Eifer und Uebereifer können eben einmal zu einem Schadenfall führen. Dem Nichtstuer unterlaufen die wenigsten Fehler. Es ist deshalb als unklug zu bezeichnen, Arbeitsleistungen, die sich geradezu im knappen Rahmen des unbedingten Muss bewegen, indirekt zu prämieren und dadurch den Arbeitseifrigen die Arbeitsfreude abzubremsen.

Von dieser Ueberlegung aus sieht man in Betrieben mit grösserem Wagenpark am besten davon ab, «Vorsichtsprämien» auszurichten; denn wie erwähnt, belohnt man damit oft den «Falschen». Dagegen soll zwischen unverschuldetem und fahrlässigem Schadenfall ein strenger, objektiver Unterschied gemacht werden. Bei Schadenfällen, die bei einigermassen Vorsichtswaltung hätten vermieden werden können, ist es zweckmässig, den betreffenden Autoführer an den Kosten zu beteiligen. Dabei kann in der Regel auf 5-10 % der Schadensumme gegangen werden. Immerhin ist auch mit solcher Beteiligung sparsam umzugehen, man will ja damit nicht den Arbeiter schädigen, sondern ihn in erzieherischem Sinne dahin bringen, dass er mit den ihm anvertrauten Gütern vorsichtig und sorgfältig umgeht. K.

Kreiskonferenzen

Ordentliche Kreiskonferenz des Kreises III a.

Als ob es der Himmel mit den Genossenschaftern besonders gut meinte begleitete nach langem, kaltem, düsterem Regenwetter herrlicher, belebender, Freude erregender Sonnenschein die grosse Anzahl Genossenschafter, die aus allen Himmelsrichtungen, von Berg und Tal kamen, um sich in der «Sonne» in Kirchberg zur ordentlichen Tagung zu versammeln.

Genau zur anberaumten Zeit eröffnet Präsident Tschamper die Versammlung und begrüsst die 170 Genossenschafterinnen und Genossenschafter, die Vertreter des Verbandes, die Herren Dr. Schär, Dr. Müller und Domeisen, sowie die Vertreterin des genossenschaftlichen Frauenbundes Frau Hirsiger-Worb. Er macht auf den Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftslage aufmerksam und fordert zu kräftigerem Zusammenschluss und vermehrter Tätigkeit in unseren Reihen auf. Vom Kreisvorstand sind entschuldigt abwesend die Herren Flühmann-Burgdorf wegen anderweitiger Inanspruchnahme, und Kassier-Sekretär Faulhaber wegen schwerer Krankheit. Die Funktion des Tagessekretärs übernimmt Genossenschafter Huber.

Das Protokoll der Herbstkonferenz in Worb ist auszugsweise im «Schweiz. Konsum-Verein» erschienen; es wird dem Kreisvorstand zur Genehmigung überwiesen.

Aus den Mitteilungen des Kreisvorstandes ist Folgendes hervorzuheben: Präsident Tschamper macht die Anwesenden neuerdings auf die Apotheker-Verordnung aufmerksam. Trotzdem eine endgültige Präzisierung noch nicht erfolgt ist, leben wir in dieser Hinsicht nicht, wie viele glauben, in einem gesetzlosen Zustand; denn es sind wegen verbotenen Verkaufs von Drogen Strafen verhängt worden. Dann erinnert der Sprechende an das neue Lehrlingsgesetz, laut welchem mit Lehrtöchtern unter 20 Jahren Lehrverträge gemacht werden müssen. Letzteres ist auch Bedingung für die Aufnahme einer Lehrtochter in einen Kurs des genossenschaftlichen Seminars im Freidorf. In den Vereinen sei der Behandlung des Reservefonds besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Interesse der Genossenschaften seien die betreffenden Vorschriften in den Statuten und die bezügl. Gesetze genau zu respektieren. Herr Tschamper verweist auf das Schicksal eines Vereins in der Ostschweiz, welcher wegen leichtsinniger, reglementswidriger Verwendung seines Reservefonds vom Verbande ausgeschlossen werden musste. Präsident Tschamper empfiehlt weiter das Zirkular der Versicherungsanstalt Schweiz. Konsumvereine zur Beachtung. Es sollten sich noch viel mehr Vereine dieser Institution anschliessen.

Im Jahresbericht des Kreisvorstandes referiert der Vorsitzende über die abgehaltenen Veranstaltungen im vergangenen Jahre, über den Verkehr mit den Vereinen und mit den Behörden, namentlich in Filialfragen. Er fordert die Genossenschaften auf, Alles aufzubieten, um die Umsätze zu steigern oder doch wenn immer möglich konstant zu erhalten. Weiter seien die angelegten Reserven zu schützen, Ausstände zu überwachen, das Unkostenverhältnis zum Umsatz normal zu gestalten und vor allem das genossenschaftliche Pflichtbewusstsein zu pflegen.

Dieser Bericht wird ohne Bemerkung genehmigt.

In Abwesenheit des erkrankten Kassiers verliest Präsident Tschamper die Jahresrechnung des Kreisverbandes. Den totalen Einnahmen von rund Franken 12,000.— stehen 11,900.— Ausgaben gegenüber. Das Vermögen hat sich seit dem letzten Jahre um Fr. 550.— vermehrt, und beträgt gegenwärtig Franken 10,450.—. Die Rechnung wurde von den Revisoren richtig befunden und wird von der Versammlung diskussionslos angenommen.

Dem Antrag des Kreisvorstandes betreffend Kreiskassenbeiträge auf Beibehaltung der bisherigen Ansätze, also der Grundtaxe von 5 Fr. und 5 Cts. für jede 1000 Fr.-Umsatz, wird ebenfalls ohne Bemerkung zugestimmt.

Die beiden Revisoren, die Genossenschafter Anderegg-Worb und Gonzierowsky-Kirchberg werden in ihrem Amt bestätigt.

Ueber Bericht und Rechnung des Verbandes für das Jahr 1934 referiert in gewohnter klarer und umfassender Weise Herr Dr. O. Schär, Präsident der Verw.-Kommission des V. S. K. Ueber den segensreichen Hort genossenschaftlicher Erziehung und Bildung, über das Seminar im Freidorf kann der Vortragende hinsichtlich Entwicklung und Besuch nur Erfreuliches berichten. Die Treuhandabteilung des Verbandes muss vielleicht gemäss dem neuen Bankgesetz umgestellt werden, um weiter als Treuhänderin für unsere Bank anerkannt zu werden. Von den Vorgängen im abgelaufenen Jahre sind vor allem die schikanösen Behandlungen bei Ladenverlegungen zu nennen. Die Ausführungsbestimmungen der Warenhausverordnung sind so leichtfertig redigiert, dass immer auf verschiedene Weise entschieden werden kann. Die nachgesuchte Audienz beim Bundesrate im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung gegen die Warenhausverordnung ist von oben noch immer nicht anberaumt worden. Um in dieser Angelegenheit einmütig und erfolgreich zu arbeiten, ist ein gemeinsames Vorgehen mit allen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Vorbereitung. Die überstürzte Behandlung der Vorlage betr. unlauteren Wettbewerb in den eidg. Räten kann hinsichtlich der Handhabung des Begriffes «Kundenschutz» für die Genossenschaften eventuell einen ungünstigen Einfluss haben.

Wegen des Zustandekommens von Umsatzsteuern sind vorläufig keine Befürchtungen zu hegen.

Zur Rechnung übergehend erwähnt Dr. Schär, dass mengenmässig der Umsatz zwar zugenommen habe: jedoch müsse darauf Bedacht genommen werden, dass der zahlenmässige Umsatz in richtigen Einklang mit den Betriebskosten gebracht werde. Unnötige Ausgaben sind deshalb zu vermeiden. Die verschiedenen Zuwendungen in der Verbandsrechnung beweisen, dass die Unkosten in normalen Grenzen gehalten sind.

Im Laufe des Jahres finden im Freidorf internationale Veranstaltungen statt. Im Hinblick darauf wurden zur heurigen Delegiertenversammlung keine fremden Genossenschafter eingeladen, und kann demzufolge der Verlauf der Verhandlungen beschleunigt werden. Betreffend Traktandum Statutenrevision müssen bezgl. Vorschläge beizeiten eingereicht werden. Gelegenheitsanträge in der Versammlung selbst werden nicht berücksichtigt.

Die Ausführungen von Dr. Schär wurden von den Anwesenden mit grossem Interesse verfolgt. In der Diskussion wünscht Burkhart-Biel Aufklärung über die in der Presse kritisierte Lohnfrage in der Gemüsebaugenossenschaft in Kerzers. Herr Dr. Leo Müller gibt seiner Freude Ausdruck, einmal mit den Berner Genossenschaftern zusammen sein zu können, und erklärt: Die S. G. G. in Kerzers ist eine Kriegsgründung, sie ist für die heutigen Verhältnisse vielleicht etwas zu gross aufgezogen worden. Bei dem heutigen Gemüseanbau besteht Warenüberfluss. Zudem wird die S. G. G. von überallher angegriffen. Von ihrer Produktion kann sie nur den zehnten Teil an Konsumgenossenschaften absetzen; das Uebrige muss auf den Markt gebracht werden. Eine zu grosse Ausdehnung ist demzufolge nicht immer günstig. Die allerdings recht bescheidene Entlöhnung der Arbeiter ist einigermassen durch die Konkurrenz der notleidenden Landwirtschaft zu erklären. Das trotzdem bestehende Betriebsdefizit würde bei einer Lohnerhöhung noch grösser. Präsident Tschamper verweist die Weiterbehandlung der Lohnfrage in der S. G. G. auf Traktandum 11 und bemerkt zugleich, weitere Versuche für Urbarisierung sollen unterbleiben. — Auf eine Anfrage wegen Anlage der Gelder der Versicherungsanstalt erklärt Herr Dr. Schär, dieselben seien zur Hauptsache in Form von Depositen und nicht als Obligationen bei der Genossenschaftl. Zentralbank untergebracht. Der Sprechende gibt zum Abschluss über die allgemeinen Geldanlagen des Verbandes erschöpfende Auskunft.

Die Versammlung empfiehlt hierauf Bericht und Rechnung des Verbandes der Delegiertenversammlung zur Genehmigung.

Zum Statutenentwurf des Aufsichtsrates und der Verwaltungskommission will Dr. Schär nicht widerholen, was bereits in den letzten Herbstversammlungen vorgetragen worden ist, sondern sich nur auf die wichtigsten Punkte beschränken. § 2 bleibt ohne den im Herbstvorschlag enthaltenen Antrag sinngemäss bestehen. Im § 34 ist auf das berechtigte Verlangen des Kreises III a für einen zweiten Sitz im Aufsichtsrate Rücksicht genommen worden. Im Alinea b des § 17 werden wir heute vor die Frage gestellt, soll in Zukunft die individuelle Freiheit der Vereine oder das im Verbande vereinigte Gesamtinteresse für die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens ausschlaggebend sein? Die Mentalität über die Freiheit der einzelnen Vereine ist in der gegenwärtigen Zeit, da das Zusammenarbeiten aller Kräfte in unserem Verbande äusserste Notwendigkeit geworden ist, als rückständig zu taxieren. Der Verband hat gegenwärtig mit 3 Vereinen Bezugsabkommen für die runde Summe von 90,5 Millionen gleich 57 % des Umsatzes. 63 Genossenschaften in der Verwaltung des Verbandes weisen zusammen den Bezug von 8,3 Millionen auf. Von den 158 Millionen Verbandsumsatz sind also heute schon ca. 100 Millionen durch feste Abkommen mit den Vereinen gesichert. Der Sprecher verhehlt sich nicht, dass der Kreis III a der Bezugspflicht unsympathisch gegenübersteht. Er erklärt aber eindringlich, dass Verbandstreue eine Pflicht, besonders der grossen Vereine sei, um den Kleinen zu helfen. Die Einführung der Bezugspflicht wird heute zur Notwendigkeit, wenn wir ein erfolgreiches Gedeihen und eine aufsteigende Entwicklung des Verbandes sichern wollen. Bei bestimmten greifbaren Zahlen für die Bedarfsmengen der Vereine sei es dem Verbande eben möglich, günstiger einzukaufen.

In der Diskussion bekunden zahlreiche Votanten durchwegs den Willen für die Aktions-

freiheit der Vereine, Ablehnung einer Zwangsordnung, welche Hemmungen in die Entwicklung der kleinen Genossenschaften bringe und bei dem Verbande, bei Ausschluss der Konkurrenz, die Energie herabsetze. Verwalter Niethammer-Bern konstatiert mit Befriedigung, dass die heutige Fassung von § 17b gegenüber derjenigen vom letzten Herbst etwas gemildert sei. Hingegen bemerkt er bezüglich den Ausführungen von Dr. Schär, dass Bezugsabkommen und Bezugspflicht nicht ein und dasselbe seien. Ein Abkommen sei ein Vertrag, bei welchem sich beide Teile aussprechen können. Bei der Bezugspflicht höre das aber auf.

Nationalrat R. Grimm hält das Streben des Verbandes nach Zusammenfassung der Kaufkraft für verständlich. Bedenklich sei aber, dass der bisherige Zustand der Freiheit der einzelnen Genossenschaften nun einfach aufgehoben und durch Zwang ersetzt werden soll. Er wünscht für § 17 eine Fassung, die auf beidseitigem Abkommen beruhe, damit sich der einzelne Verein als freier Kontrahent und nicht nur als Verkäufer des Verbandes betrachten muss. Gerade in den Schwierigkeiten, die bei der Bestimmung der Qualitäten entstehen, erwachse die Notwendigkeit, dass man miteinander sprechen soll. Er stellt demzufolge den formellen Antrag, es seien im ersten Satz des Alinea b von § 17 zwischen die Ausdrücke «Waren + ausschliesslich» die Worte «auf Grund zweiseitigen Abkommens» einzufügen.

Dr. Leo Müller kann das Wort Zwangswirtschaft nicht verstehen. Sie seien doch nicht die Herren oder Vögte in Basel. Die ganze Umstellung durch die Neufassung des § 17 verursache der Verbandsverwaltung viel mehr Arbeit. Es geschehe aber alles im Interesse der Genossenschaften. Wir wollen einander helfen. Ein getrenntes Marschieren ist ihm unverständlich.

Dr. Schär beschwichtigt die Anwesenden wegen des Ausdruckes Bezugspflicht. Man wolle z. B. nicht verhindern, wenn eine Genossenschaft einen Produzenten ihrer Ortschaft berücksichtigt. Man wird in solchen Fällen sich verständigen müssen. § 17b enthalte keine Strafbestimmungen, gebe aber die Handhabe, untreue Verbandsvereine an den Pranger zu stellen. Er will den Abänderungsantrag Grimm zuhanden der Verw.-Kommission des Verbandes entgegennehmen. Im Falle der Aufnahme in den Entwurf seien aber die Berner Genossenschafter moralisch zur Annahme von § 17 verpflichtet. — Was von Präsident Tschamper bei den Bernern als Selbstverständlichkeit angenommen wird.

In Anbetracht eines geschlossenen Vorgehens wird dem Antrag Grimm zugestimmt und der ganze Statutenentwurf mit dieser Abänderung einstimmig gut geheissen.

In der Angelegenheit Wahlen in den Aufsichtsrat wird der bisherige Vertreter des Kreises III a, Herr Fritz Tschamper, aufs wärmste zur Wiederwahl empfohlen. Für den zweiten neu zugestandenen Sitz liegen von der K. G. Biel zwei Vorschläge vor, mit den Namen Genossenschafter Zimmermann und Paula Ryser. Aus der Mitte der Versammlung wird Verwalter Schneiter in Lyss vorgeschlagen. Nach längerer Debatte wird Genossenschafter Schneiter mit grossem Mehr als zweiter Kandidat des Kreises III a aufgestellt.

Als Ort der nächsten Kreiskonferenz wird Pieterlen bestimmt.

Nach dem Mittagessen, das durch prächtige Weisen der Kirchberger Musik verschönt wurde; sprach Nationalrat Grimm über die Kriseninitiative. In seinem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrage fordert er die Genossenschafter auf, geschlossen für die Kriseninitiative einzutreten. Die wirtschaftliche Not und Krise welche in eine Phase des Dauerzustandes getreten ist, sei so eng mit den Interessen der Konsumgenossenschaften verbunden, dass eine Mitwirkung im Kampfe um die Initiative nicht mehr abgelehnt werden kann. Diese Bewegung, aus der Not der Zeit entstanden, in welche Leute aus allen Parteien und Berufen mitkämpfen, kann von den Genossenschaften nicht negiert werden, ohne dass das Vertrauen zu ihrer Organisation untergraben würde.

Herr Dr. Schär anerkennt die grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welche Herr Grimm in seinem Vortrage aufführte; er bestreitet jedoch, dass der Verband als Konsumentenorganisation in dieser Kriseninitiative Stellung beziehen könne, da es eine politische Angelegenheit sei und in einer solchen den Genossenschaften durch die Statuten Neutralität vorgeschrieben sei.

Zum Schluss stimmt die Versammlung einmütig folgender Resolution zu:

«Die Kreisversammlung des Kreises III a des V. S. K. unterstützt alle geeigneten Bestrebungen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not und empfiehlt aus diesem Grunde die am 2. Juni 1935 zur Abstimmung gelangende Volksinitiative den Genossenschaftern wärmstens zur Annahme.»

Unter Allfälligem meldet sich niemand mehr zum Worte. H. H.

Bewegung des Auslandes

(Vorwiegend Mitteilungen des I. G. B.)

Frankreich. Die Grosseinkaufsgesellschaft im Jahre 1934. Die ausserordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse des vergangenen Jahres spiegeln sich in dem verminderten Umsatz der Grosseinkaufsgesellschaft wider, und zwar sank der Umsatz von Fr. 893,878,000.— im Jahre 1933 auf Fr. 805,672,000.— im Jahre 1934. Die Hauptschwierigkeiten, mit denen die Gesellschaft im Jahre 1934 zu kämpfen hatte, waren die Auswirkungen des Zusammenbruchs der Genossenschaftsbank und die Entwicklung der Schuhabteilung. Es wurden Vorkehrungen getroffen — einschliesslich der Reorganisation der Schuhabteilung — um der Schwierigkeiten Herr zu werden, und man erwartet, dass sie im kommenden Jahr gute Resultate zeitigen werden. Der Wert der Eigenerzeugnisse aus den Produktionsunternehmungen der Gesellschaft betrug Fr. 45,922,000.— gegen 50,390,000.— im Jahre 1933. Der Reinüberschuss hatte eine Höhe von Franken 2,149,000.—, wovon 2 Millionen für die Liquidation von Anteilen an der Genossenschaftsbank verwendet werden sollen. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften beläuft sich jetzt auf 1,249, die Höhe des eingezahlten Kapitals auf Fr. 15,491,000.—.

Schweden. Verbesserte Bilanz des K. F. für das Jahr 1934. Die in der Sitzung der Direktoren des K. F. am 27. und 28. Februar gutgeheissene Bilanz zeigt eine beträchtliche Verbesserung gegenüber 1933 mit einem Reingewinn von 6,22 Millionen Kronen gegen 5,97 Millionen Kronen im Vorjahre. Die Bilanzsumme stieg um 12,71 Millionen Kronen auf 161,77 Millionen Kronen. Auf der Aktivseite war die beachtlichste Steigerung die der Kommunal- und Hypothekenanleihen von 29,23 Millionen auf 37,71 Millionen Kronen und die

des Grundeigentums von 35,90 Millionen auf 38,67 Millionen Kronen. Die letztere Steigerung war hauptsächlich eine Folge des Fabrikkaufs in Norrköping, der Erweiterungen der Gummifabrik in Gislaved und der Wohnungsblocks in Kvarnholm. Das Eigenkapital einschliesslich Ueberschuss stieg von 49,71 Millionen auf 53,33 Millionen Kronen. Der Erziehungs- und Forschungsfonds, der seit einigen Jahren ständig gewachsen ist, beträgt jetzt 1,49 Millionen Kronen.

— Fortschritt des genossenschaftlichen Versicherungswesens. Das Jahr 1934 brachte der dem Verbande der schwedischen Konsumgenossenschaften nahestehenden Lebensversicherungsgenossenschaft «Folket» den grössten Neuzugang an Versicherungen seit ihrer Gründung, nämlich 24,9 Millionen Kronen. Der gesamte Versicherungsbestand stieg damit auf 239,4 Millionen Kronen an. An Prämien gingen insgesamt 8,1 Millionen, an Zinsen 3 Millionen Kronen ein. Auf der andern Seite erforderten die Versicherungsleistungen der Genossenschaft einen Aufwand von 2,49 Millionen Kronen. Das per 31. Dezember 1934 aufgerechnete Deckungskapital stellt sich auf 55,6 Millionen Kronen. Es ist zum überwiegenden Teil in Obligationen und Hypotheken angelegt.

Spanien. Francisco Rivas Moreno †. Am 16. März starb in Madrid im hohen Alter von 84 Jahren Francisco Rivas Moreno, einer der hervorragendsten Apostel des Genossenschaftswesens in Spanien. Rivas Moreno entstammte einer vermöglichen Gutsbesitzerfamilie, und sein Augenmerk war deshalb vor allem auf die Hebung der landwirtschaftlichen Bevölkerung gerichtet, was in der theoretischen und praktischen Propagierung von Raiffeisenkassen zum Ausdruck kam. Daneben trat er aber auch für die übrigen Zweige des Genossenschaftswesens ein, und die Konsumgenossenschaften, die er ins Leben rief, sind nicht wenig zahlreich. Sein hauptsächliches Verdienst liegt aber in einer ungeheuren literarischen Produktion zugunsten des Genossenschaftswesens, die in den verschiedensten Formen, namentlich aber in der Veröffentlichung von eigenen Büchern und einer regen Mitarbeit an der Tagespresse und den verschiedenen genossenschaftlichen Zeitschriften Spaniens zum Ausdruck kam.

U. S. A. Konferenz von Kirchen- und Genossenschaftsführern. Die steigende Anerkennung des Wertes der Genossenschaftsbewegung in der kirchlichen und pädagogischen Welt dokumentierte sich in einer vor kurzem in Chicago abgehaltenen Konferenz von Führern der Kirchen und Schulen mit Führern der Genossenschaftsbewegung. Nach Berichten, in denen die meisten von denen, die an dieser Konferenz teilnahmen, Zeugnis von ihrem Interesse an der Bewegung und ihrer tätigen Unterstützung der Genossenschaftssache ablegen, wurden auch praktische Vorschläge zur Organisierung von Konsumgenossenschaften diskutiert. Es wurde einstimmig beschlossen, ähnliche gemeinsame Konferenzen in lokalem Rahmen abzuhalten. Diesen soll eine allgemeine Konferenz im Missisippital im Sommer folgen.

Aus unserer Bewegung

Konsumverein Davos. Jahresbericht und Jahresrechnung über das 36. Geschäftsjahr (umfassend den Zeitraum vom 1. Februar 1934 bis 31. Januar 1935) des im Kreis IXb umsatzmässig an zweiter Stelle stehenden Vereins sind von der Generalversammlung vom 6. April a. c. genehmigt worden.

Die Bevölkerung unseres Wirtschaftsgebietes der Landschaft Davos ist auf Gedeih und Verderb mit dem Kur- und Sportbetrieb verbunden. Man darf sagen, dass wir 100-prozentig von der Fremdenindustrie abhängig sind. Wenn auch die Schweizer zahlenmässig an erster Stelle auf der Frequenzliste stehen, so sind wir doch auch in hohem Masse auf den Zuzug aus auswärtigen Staaten angewiesen. Wir haben deshalb ein eminentes Interesse daran, dass von andern Staaten nicht allzu strenge Massnahmen für die Einreise in die Schweiz ergriffen werden.

Der in den letzten Jahren stark in Aufschwung gekommene Sport, speziell der Wintersportbetrieb, bringt wohl eine gewisse Belebung, doch kann er den Ausfall in der langen ruhigeren Zeit niemals decken.

Wenn der Umsatz mit rd. Fr. 966,000 trotzdem um zirka Fr. 22,000.— erhöht werden konnte gegenüber dem letzten Jahr, so war dies nur möglich dank der Treue einer schönen Zahl Mitglieder und grösster Anstrengungen seitens der Vereinsorgane und des Personals.

Die Umsatzzunahme fällt auf die Allgemeine Warenabteilung, während die Spezialbetriebe Manufakturwarenabteilung und Schuhgeschäft umsatzwertmässig stabil geblieben sind.

Dank reger Bäckereipropaganda konnte die Produktion von Brot um rund 14,400 kg auf 105,600 kg erhöht werden. Diese 15%ige Produktionssteigerung ist an und für sich schön, doch steht der Brotumsatz immer noch in keinem günstigen Verhältnis zur Mitgliederzahl.

Das Hausierertum im Privatbäckereigewerbe hat ein Ausmass angenommen, das wir nicht mitmachen können. Wir besorgen ebenfalls täglich Hauslieferungen, aber nur soweit dies noch in den Rahmen einer rationellen Vermittlung passt. Halbe Stunden mit Mann und Pferd die Berge hinauffahren wegen 1 bis 2 kg Brot scheint uns doch des Guten zu viel zu sein.

Es ist daher kaum verwunderlich, wenn Privatbäcker klagen, der Brotpreis sei zu niedrig, er reiche kaum mehr zur Spesendeckung. Unsere Genossenschaft wurde auch vom Privatbäckermeisterverband eingeladen, gemeinsam einen Brotpreisaufschlag von 5 Cts. durchzuführen, was unsererseits ohne weiteres abgelehnt werden musste. Er wurde dann ohne uns durchgeführt, was allerdings einen Sturm der Entrüstung bei den Verbrauchern auslöste. In mancher Familie lernte man dadurch einsehen, wo die Interessen der Konsumenten gewahrt und vertreten werden.

Bei einem Preisunterschied von 5—7 Cts. per 1 kg Vollbrot zu Gunsten des Konsumvereins gab es denn doch Leute, die den Privatbäckern den Rücken kehrten, sodass solche direkt genötigt waren, ihre Preise wieder zu ermässigen.

Was wir an Terrain gewinnen konnten, scheint uns aber teilweise wieder langsam abzugehen. Man hat das Vorgehen der Privatbäcker offenbar schon wieder vergessen. Oft spielt eben die liebe Bequemlichkeit eine Rolle, oder dann weiss der Privatbäcker so geschickt zu jammern, dass die Hausfrau aus falschem Mitleid wieder nachgibt.

Die Mitgliederbewegung weist eine Zunahme von 41 Mitgliedern auf. Zu erwähnen ist, dass im Berichtsjahr im Personalbestand gar keine Mutationen eingetreten sind; es wurden 14 weibliche und 10 männliche Personen beschäftigt.

Für Unterhalt der Gebäude wurden an die ortsansässigen Handwerker über Fr. 5000.— ausgegeben.

Aus der Propagandatätigkeit sind zu erwähnen zwei Vorstellungen im «Vox Cinema», je eine für Kinder am Nachmittag und eine am Abend des 24. März 1934 für Erwachsene. Nebst dem genossenschaftlichen Tonfilm «Wir warten auf Dich» und etlichen Scherzfilmen waren die Vorstellungen der Propaganda für Schuhwaren gewidmet.

Die Betriebsrechnung ist recht befriedigend. Die Arbeitslosen wurden mit ca. Fr. 1000.— unterstützt. Auf den Liegenschaften wurden 1½ % vom Buchwert oder Fr. 9000.—, auf den elektrischen Backofen Fr. 5000.— abgeschrieben und der Reservefonds mit Fr. 5000.— gespiesen.

Die Unkosten machen ca. 10½ % vom Umsatz aus. Die Bilanz per 31. Januar 1935 erzeigt als kurzfristige Aktiven (Kassa, Postscheck, Banken, Wertschriften) Fr. 161,000. Sämtliche Warenvorräte sind mit Fr. 69,500.— vorsichtig bewertet. Beteiligungen Fr. 27,100.—. Mobilien, Maschinen und Pferde figurieren mit Fr. 1.— pro memoria, die Liegenschaften mit Fr. 590,000.— bei einem Assekuranzwert von Fr. 808,000.—.

Auf der Passivenseite steht das Eigenkapital mit Franken 197,000.—, das Fremdkapital mit Fr. 682,000.—, wovon Hypotheken Fr. 261,000.— und von den Mitgliedern entgegengenommene Depositengelder Fr. 368,000.—. Unter Berücksichtigung der im Betrieb nicht investierten Mittel beträgt das Verhältnis vom Eigenkapital zu den Fremdgeldern 38 %.

Die Warenbezüge beim V. S. K. pro 1934 betragen Franken 661,000.—; wir stehen im 39. Range. Sch.

Verwaltungskommission

1. Am 26. April 1935 wurde den Verbandsvereinen ein Einladezirkular des Lebensmittelvereins Zürich für die Teilnahme an der diesjährigen Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 15./16. Juni in Zürich zugestellt. Um dem Lebensmittelverein Zürich zu ermöglichen, alles Erforderliche für eine richtige Durchführung der Delegiertenversammlung und der Einquartierung der Delegierten rechtzeitig vorzukehren, bitten wir die Verbandsvereine, die Bestellungen für die Festkarten sobald als möglich, **spätestens aber bis 15. Mai 1935,** direkt dem Lebensmittelverein Zürich zuzusenden.

2. An der Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 15./16. Juni 1935 in Zürich wird der Regierungsrat des Kantons Zürich vertreten sein durch die Herren:

Regierungspräsident Rud. Streuli, Volkswirtschaftsdirektor, und

Regierungsrat Hans Streuli, Finanzdirektor.

Der Stadtrat von Zürich wird Herrn Stadtrat B. Kaufmann, Finanzvorstand, abordnen.

3. Die Konsumgenossenschaft Laupen (Bern) konnte am 30. April 1935 auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Dem Verein ist zu diesem Anlasse ein Gratulationsschreiben zugestellt worden.

4. Der Konsumgenossenschaft Rebstein ist zu ihrem 25jährigen Bestehen am 6. Mai 1935 ein Gratulationsschreiben zugestellt worden.

5. Mit «Bulletin» vom 19. Februar 1935 haben wir unsern Verbandsvereinen ein Verzeichnis über die Zuteilung der Gratisferienplätze in den Ferienheimen CO-OP in Jongny und Weggis zugestellt.

Inzwischen sind uns von verschiedenen Vereinen Gesuche eingereicht worden dahingehend, es möchte eine Verschiebung der für sie in Betracht kommenden Woche vorgenommen werden. Die Verwaltungskommission bedauert, diesen verschiedenen Wünschen nicht entsprechen zu können. Um eine willkürliche Zuteilung der Freiplätze zu vermeiden, wurde die Zuteilung der Wochen und der Ferienheime wie in früheren Jahren durch Verlosung vorgenommen. Die Zuteilung musste auch früher erfolgen, damit die Leiterinnen unserer beiden Ferienheime in bezug auf die Vergebung der noch freien Plätze rechtzeitig verfügen können. Eine Verschiebung der zugeteilten Wochen entsprechend den eingereichten Begehren hätte verschiedene Unzukömmlichkeiten zur Folge, weshalb wir die in Frage stehenden Vereine bitten müssen, sich mit der durch Verlosung ergebenen Zuteilung zufrieden zu geben.

Wenn ein Verein den ihm zustehenden Gratisferienplatz nicht benützt, so verfällt der Anspruch, und es wird über den Freiplatz anderweitig verfügt. Es ist deshalb im Interesse eines jeden Verbandsvereins, dass er seine Anmeldung rechtzeitig dem in Betracht kommenden Ferienheim einreicht.

6. Die Stiftung «Pro Juventute» bringt wie bekannt jedes Jahr im Dezember neben Briefmarken und Gratulationskärtchen künstlerische Postkarten in den Verkauf. Diese Karten werden zu 25 Cts. das Stück, oder die Serie à 5 Stück zu Fr. 1.25 jeweilen verkauft. Der Erlös dieses Verkaufs dient der Finanzierung des Jugendwerkes, das sich die Stiftung «Pro Juventute» zum Ziel gesetzt hat.

Es wird uns nun mitgeteilt, dass von diesen Karten noch ein grösserer Posten vorrätig ist, und zwar aus den Jahren 1927/34. Es handelt sich demnach um 8 Kartenserien, die uns in einem grössern Liquidationsposten angeboten wurden. Wir sind nunmehr bereit, an der Liquidation dieser Restbestände mitzuwirken, sofern hiefür Interesse bei unsern Verbandsvereinen vorhanden ist. Wir wären in der Lage, die Kartenserie à 5 Stück zum Preise von 17 Cts. pro Serie den Vereinen zu liefern. Dabei haben wir die Meinung, dass unsere Vereine die Serie zu 25 Cts. verkaufen könnten. Der Verkaufspreis pro Karte würde sich demnach auf 5 Cts. stellen. In Anbetracht des äusserst niedrigen Preises und der wirklich künstlerisch ausgestatteten Postkarte glauben wir, dass es für unsere Vereine nicht schwer halten sollte, diese Postkarten an den Mann zu bringen. Zudem wäre unsern Vereinen durch den Verkauf dieser «Pro Juventute»-Postkarten Gelegenheit geboten, ein gutes Werk, das für die Jugend bestimmt ist, zu unterstützen.

Wir möchten deshalb alle diejenigen Vereine, die sich für den Verkauf dieser Postkarten interessieren, bitten, dies der Verwaltungskommission des V. S. K. zur Kenntnis zu bringen und gleichzeitig anzugeben, auf welches Quantum von Kartenserien reflektiert wird.

7. Die Verwaltungskommission nimmt mit grosser Befriedigung Kenntnis von einer Mitteilung von Herrn Dr. B. Jaeggi, wonach er in unmittelbarer Nähe des Freidorfs persönlich eine Liegenschaft erworben hat und diese dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) geschenkweise zur Verfügung stellen wird. Es ist vorgesehen, dass in diese Liegenschaft die «Moderne Verkäuferinnenschule» untergebracht wird. Die Verwaltungskommission nahm Veranlassung, diese grosszügige Schenkung Herrn Dr. B. Jaeggi aufs beste zu verdanken.

8. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind folgende Zuwendungen gemacht worden:

Fr. 100.— vom Konsumverein Bremgarten (Aarg.),
» 100.— vom Konsumverein Lostorf,
» 100.— von den Coopératives Réunies Fribourg,
» 50.— von der Société coop. de consommation Cossonay-Gare, Penthalaz,
» 50.— von der «La Coopérative» Monthey,
» 50.— von der Société coop. de consommation Leysin,
» 25.— von der «L'Union» Erde,
» 25.— von der Société coop. de consommation «Concordia» Premploz,
» 25.— von der Société coop. de consommation Collombey,
» 220.— von den Schülerinnen der Modernen Verkäuferinnenschule 1933/1935,
» 50.— von den Schülerinnen des Spezialkurses zur Ausbildung von Verkäuferinnen für den A. C. V. beider Basel 1933/1935.
» 200.— vom Allg. Konsumverein Uzwil,
» 500.— vom Allg. Konsumverein Luzern,
» 200.— vom Kreisverband IXb des V. S. K. (Graubünden),
» 100.— vom Allg. Konsumverein Wädenswil-Richterswil,
» 100.— von der Konsumgenossenschaft Oensingen.
» 400.— vom Konsumverein Chur.

Fr. 50.— von der Société coop. de consommation de la Béroche-St-Aubin,

Diese Vergabungen werden anmit aufs beste verdankt.

Bibliographie

Jugendwandern — leicht gemacht! Rund 60,000 Jugendliche mit über 100,000 Uebernachtungen haben im Jahre 1934 die Schweizer Jugendherbergen benützt. Das neue **Jugendherbergsverzeichnis 1935** soll durch seine knappen, klaren Angaben über die 184 Schweizer Jugendherbergen noch grösseren Scharen die Eroberung der grossen und schönen Schweizer-Wanderwelt «leicht machen». Das schmucke blaue Büchlein enthält manch wertvollen Wanderratschlag und vor allem die grosse Schweizer-Wanderkarte, auf der die einzelnen Jugendherbergen nach Art und Lage, sowie die wichtigsten Wanderwege in Marschstunden eingezeichnet sind. — Der Wanderratgeber für Einzelwanderer, Lehrer und Jugendleiter kostet mitsamt der Wanderkarte Fr. 1.— und ist bei der Genossenschaftlichen Buchhandlung Basel, Aeschenvorstadt, und den Geschäftsstellen des Schweizerischen Bundes für Jugendherbergen zu haben (Zentralstelle: Seilergraben 1, Zürich 1).

Becker, Johannes: 25 Schaufenster-Rezepte. Neue Ideen für die Ausgestaltung des Schaufensters des Einzelhandels mit zahlreichen Bildern. Umfang 48 Seiten. Preis RM. 1.50. Verlagsgesellschaft R. Müller m. b. H., Eberswalde-Berlin-Leipzig C 1.

In diesem Büchlein wird nicht in langatmigen Abhandlungen darüber geschrieben, was gut und was weniger gut für die Schaufenster-Auslage ist, sondern es werden nach Art des Kochbuches Rezepte für den Einzelhandel gegeben. Bei jedem einzelnen Rezept wird ausserdem erwähnt, für welche Branchen diese Dekoration verwendet werden kann.

Die Aufgabe dieser Broschüre soll sein, unter völligem Verzicht auf theoretische Ausführungen eine Anzahl von praktisch ausprobierten Dekorationsbeispielen in Kürze so zu schildern, dass eine Nachdekoration ohne grossen Materialverbrauch und ohne allzu erhebliche Mühe möglich ist. Neben besonderen Zeichnungen werden also auch schon ausgeführte Dekorationen im Bild festgehalten und gegeben. Es verlohnt sich, dieses Heft anzuschaffen.

Eingelaufene Schriften.

Althaus, Paul O.: Mieux viser pour mieux atteindre. Expériences et conseils tirés de la pratique publicitaire. Traduit par Jean Ravussin, Lausanne. 64 S.

Banca Commerciale Italiana. Relazione del Consiglio di Amministrazione, 1934. Milano. 39 S.

Bureau Central de Bienfaisance, Genève. Rapport annuel 1934. 72 S.

Bureau International Permanent de la Paix. Rapport de gestion pour l'année 1934. 12 S.

Conservenfabrik Lenzburg. Jahresbericht pro 1934. 8 S.

Eidgenössisches Versicherungsamt. Die privaten Versicherungsunternehmungen in der Schweiz im Jahre 1933. 285 S.

Eisenbahner-Baugenossenschaft Erstfeld (E. B. E.). 25 Jahre Eisenbahner-Baugenossenschaft Erstfeld. 25. Jahresbericht und Jahres-Rechnung pro 1934. 20 S.

Elektra Birseck. 37. Geschäftsbericht über das Jahr 1934. 20 S.

Eta: Zeitungs-Katalog. Ausgabe 1935. Tallinn, Eesti Uehistrükidoda, 1934. 64 S.

Faucherre, Dr. H.: Le Mouvement Coopératif Suisse. 1935. 36 S.

Schweizerische Genossenschaftsbank. 30. Rechnungs-Bericht 1934. 32 S.

Schweizerische Treuhandgesellschaft. Bericht über das 28. Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1934. 10 S.

Schweizerische Volksbank. Bericht über das Geschäftsjahr 1934. 34 S.

Sväz hospodarskych druzstiev na Slovensku v Bratislave. Vyrocna zprava za rok 1933-1934 (Jahresbericht pro 1933-1934). 16 S.

Treuhandabteilung der Amministrazione Mackenzie in Genua. Die italienischen Devisenvorschriften. 36 S.

United States Department of Labor. Bureau of Labor Statistics. Wages and Hours of Labor in Bituminous-Coal Mining. 1933. 72 S.

Verband der Konsumvereine in Dornbirn. Geschäftsbericht und Rechnungsabschluss für die Zeit vom 1. Juli 1933 bis 30. Juni 1934. 36 S.

Verband st. gallischer Konsumvereine. Jahresbericht des Kantonalvorstandes pro 1934. 8 S.

Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.). Bericht an die Delegiertenversammlung über die von Aufsichtsrat und Verwaltungskommission vorgeschlagene Statutenrevision, vom 9. Februar 1935. 10 S.

idem. Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Verbandsbehörden für das Jahr 1934. 113 S.

Zadruzna zveza v Ljubljani. Statisticni pregled poslovania clanic za leto 1933 (Statistische Uebersicht über die Rechnungsergebnisse der Mitglieder im Jahre 1933). 15 S.

Arbeitsmarkt

Angebot.

Kräftiger Jüngling von 17 Jahren, mit zwei Jahren Sekundarschulbildung, sucht Stelle als **Magazinerlehrling** in Konsumgenossenschaft. Kanton Zürich bevorzugt. Offerten sind zu richten unter Chiffre P. R. 79 an den V. S. K., Basel 2.

Seriöser **Chauffeur** sucht Stelle in Konsumverein auf Last- oder Lieferungswagen. Deutsch und französisch sprechend. Zeugnis zu Diensten. Bescheidene Ansprüche. Offerten erbeten unter Chiffre J. D. 76 an den V. S. K., Basel 2.

Bäckerstelle gesucht. Wir suchen für unseren Lehrling, der seine 2jährige Lehrzeit bei uns beendet und die Lehrprüfung mit gutem Erfolg bestanden hat, passende Stelle als 2. oder 3. Bäcker in einer Genossenschaft. Offerten erbeten an Konsumgenossenschaft Pieterlen bei Biel (Bern).

Sprachenkundige, tüchtige Verkäuferin mit mehrjähriger Praxis sucht per sofort oder später Stelle als **I. Verkäuferin** in grössere Konsumgenossenschaft oder als **Depothalterin.** Offerten erbeten unter Chiffre E. L. 84 an den V. S. K., Basel 2.

Gesunde, willige, 18jährige Tochter sucht Stelle in Konsumgenossenschaft als **Ladenlehrtochter.** Schulzeugnisse und Photo stehen zur Verfügung. Offerten erbeten unter Chiffre N. D. 82 an den V. S. K., Basel 2.

Junger, tüchtiger, solider und **selbständiger Bäcker-Konditor** (Spezialist auf Diätbrot) sucht Stelle. Eintritt sofort oder nach Uebereinkunft. Offerten an W. Schönenberger, Kirchstrasse 22, Kreuzlingen.

Zu verkaufen

einige Einspänner - Pritschen - und Kastenwagen, Wagenräder-Federn und diverse Kasten- und Ladebrücken für Lastautomobile.

Anfragen sind zu richten an **Allg. Consumverein beider Basel,** Abteilung Fuhrwesen.

Der Genossenschafter in Basel speist in den genossenschaftlichen alkoholfreien Restaurants

Pomeranze
Steinenvorstadt 24

St. Clara
Hammerstrasse 68

Menu von Fr. 1.60 an / Reiche Speisekarte / Gemütliche Aufenthaltsräume.

Allgemeiner Consumverein beider Basel